

Eins, zwei, drei, viele Ukrainen und das traurige Ende einer möglichen Revolution

Sabine v. Löwis

In den vergangenen beiden Ausgaben der Zeit kamen zwei Osteuropaexperten zu Wort, die darüber zu streiten schienen, ob die Ukraine sich aufteilen könne oder nicht. Jedenfalls unterstellt die Reaktion von Ulrich Schmid (<http://www.zeit.de/2014/13/ukraine-contra-teilung>) auf den Beitrag von Jörg Baberowski (<http://www.zeit.de/2014/12/westen-russland-konflikt-geschichte-ukraine>), dass Letzterer nichts gegen eine Teilung der Ukraine einzuwenden hätte. Beide Beiträge stehen sich jedoch weniger konträr gegenüber als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Jörg Baberowski spricht sich nicht für eine Teilung des Landes aus, will aber darauf hinweisen, wie die Befindlichkeiten im Land sind und dass mit diesen nicht ausgewogen umgegangen wurde. Dies geht insbesondere an die Adresse ukrainischer Politiker, die es bis heute nicht geschafft haben, die Interessen aller Bewohner ihres Landes zu berücksichtigen und denen es nicht gelungen ist, einen nationalen Mythos zu entwickeln, der die Vielfalt des Landes und seine historischen Erfahrungen gleichermaßen berücksichtigt.

Dabei sind es aber nicht die westukrainischen Eliten allein, die, wie Baberowski schreibt, den Holodomor zum Gründungsmythos erheben, der im Westen – in den ehemals polnischen Gebieten – zudem ja gar nicht stattgefunden hat. Juschtschenko, der in seiner Regierungszeit für diese neue Meistererzählung maßgeblich verantwortlich war, kommt nicht aus der Westukraine, sondern stammt aus Sumy, nördöstlich von Kiev. Gleichwohl haben ihn viele Menschen, die im Westen der Ukraine wohnen, lange Zeit und intensiv unterstützt.

Eine Zuweisung zwischen Ost und West in der Ukraine ist in der Regel zu vereinfachend, muss sehr häufig in die Irre führen und trägt schließlich zu einem Mythos der angeblichen Spaltung des Landes bei. Diese Trennung von Osten und Westen ist es auch, die Ulrich Schmid bei allem Richtigen, was Baberowski schreibt, versucht zu differenzieren. Er verweist zu Recht auf viele kulturelle, ethnische, sprachliche oder religiöse Besonderheiten, die nur schwer in einem dualen Raster zu verorten sind und fordert dazu auf, sich mit der Komplexität der ukrainischen Geschichte auseinanderzusetzen. Damit widersprechen sich die beiden Herren eigentlich kaum, denn auch Baberowski verweist am Ende darauf, dass eine nationale Geschichtsschreibung Vielfalt abbilden müsse und niemanden ausschließen dürfe, wenn sie allen Ukrainern Identifikationsmöglichkeiten anbieten wolle.

Jetzt ließe sich nicht nur fragen, ob ein Umgang mit so ambivalenten Geschichtssträngen, wie sie in der Ukraine anzutreffen sind, möglich ist, sondern auch, ob eine solche Geschichtsschreibung zwingend erforderlich ist, um sich als Nation zu verstehen. Soziologische Studien zeigen, dass sich die Bewohner der Ukraine - egal welcher Muttersprache – mehrheitlich als Ukrainer verstehen. Andere Studien verweisen darauf, dass Menschen (und hier sei nicht von politischen und intellektuellen Eliten die Rede), die in Regionen leben, wo Generationen in engster Nachbarschaft ganz unterschiedliche historische Erfahrungen gemacht haben, mit dieser Ambivalenz in ihrem Alltag ziemlich gut umgehen können. Solche Feinheiten und Ambivalenzen entgehen nun wiederum auch Schmid, dessen Essentialisierung der Nation außerdem – in Erweiterung der Argumente Baberowskis – vorzuhalten wäre, dass jede Nation, auch die westeuropäischen, von Eliten erfundene und erst in Generationen andauernden Prozessen anerzogene Gemeinschaften sind.

Weiterhin und ebenso wichtig weist Baberowski aber auch auf die Befindlichkeit Russlands hin, das durch eine Ausdehnung des Einflussbereiches der EU nach Osten angegriffen wurde, und dies richtet sich an die EU. Wahrscheinlich liegt hier sein Hauptanliegen: Im Hinweis, dass die EU ungeachtet (oder in Unkenntnis) historischer Erfahrungen und historischen Wissens naiv diese Krise provoziert hat. Wie bei einem amputierten Körperteil, das scheinbar schmerzt, empfinde Putin einen Phantomschmerz in der Ukraine. Sicherlich ist es nicht nur für Putin mehr als nur ein Ärgernis, dass die Ukraine nicht mehr Teil der Russischen Föderation ist; nun will die EU sich ihrer in Form von Absatzmärkten und Wirtschaftsbeziehungen bemächtigen, indem sie ein Assoziierungsabkommen mit ihr abschließt und eine Zollunion mit Russland ausschließt.

Das Interessante an der Metapher des Phantomschmerzes ist, dass damit noch vielmehr gesagt werden kann, als Baberowski andeutet. Denn das amputierte Körperteil ist in der Regel unwiderruflich verloren. Putins Phantomschmerz drückt sich aus in der angeblichen Sorge um russischsprachige oder russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine, deren Rechte er verletzt sieht. Diese Menschen sind natürlich in erster Linie ein Werkzeug zur Rechtfertigung russischer Politik. Allerdings gibt es bisher keine Untersuchungen darüber, wie sich das amputierte Körperglied fühlt, nachdem es abgetrennt wurde.

Wie das „amputierte Glied“ Ukraine sich fühlt, versucht nun genauer Ulrich Schmid in seinem Beitrag zu kennzeichnen, indem er anführt, dass die nachwachsende postsowjetische Gesellschaft sich mehrheitlich als Ukrainer empfinde anstatt als ehemalige Sowjetmenschen, und dies auch im Osten und Süden der Ukraine, der häufig vereinfachend aufgrund seiner überwiegenden Russischsprachigkeit als pro-russisch apostrophiert wird. Das Problem bei der Argumentation Schmidts wäre, wenn wir im Bild bleiben, dass er als gegeben annimmt, dass das abgetrennte Glied sich wie selbstverständlich zu einem ganzen Körper vervollständigt.

Dass es eine Nostalgie gibt, die bessere Zeiten imaginiert, als die Welt noch in Ordnung schien, gilt in der Ukraine nicht nur für den Osten und Süden, sondern genauso für das Zentrum und den Westen. Die Menschen in den Dörfern des Westens der Ukraine beispielsweise erinnern sich, vor dem Hintergrund ihrer wirtschaftlichen Lage jetzt, wo Familien mitunter nicht wissen, wie sie über den nächsten Monat kommen, wehmütig an die gut wirtschaftenden Kolchosen. Zu Sowjetzeiten wurde ihre Arbeit gewürdigt, selbst wenn es schwierige Zeiten gab und sie sich natürlich an die Absurditäten des Systems erinnern. Im Vergleich zur derzeitigen Lage sind sie aber ähnlich frustriert wie die Bergarbeiter in einer illegal betriebenen Miene im Osten der Ukraine. Manche Erfahrungen sind in der Ukraine also im Osten, Süden, Westen und Norden des Landes gleich, und niemand hat einen besonderen Anspruch aufgrund seines Wohnortes. Die Nostalgie über eine scheinbar funktionierende Vergangenheit, in der alles besser war, ist jedoch nicht zu verwechseln mit den Phantomschmerzen eines Verwalters eines zerfallenen Imperiums in Bezug auf ein abgetrenntes Territorium; aber diese Nostalgien können für seine Interessen missbraucht werden.

Verantwortlich für die schwierige Situation der Menschen in der heutigen Ukraine – und dies gilt fast ausnahmslos für alle Landesteile – sind die bisherigen Regierungen des Landes. Die Frustration über diese Regierungen - und nicht nur über die unter Janukowitsch - kam auf dem Maidan in den vergangenen Monaten zum Ausdruck. Sie führte – bei allen Merkwürdigkeiten in der Zusammensetzung der Protestierenden – an den Rand der Möglichkeit einer Revolution, die etwas verändern wollte. Vielleicht hätte gerade sie zu einem nationalen Mythos werden können, wenn nicht ein Streit über die Ukraine zwischen der EU und Russland ausgebrochen wäre, der sämtliche revolutionäre Bewegung auf dem Maidan zum Stillstand und eine Übergangsregierung an die Macht gebracht hat, die sich fast ausschließlich aus den vorherigen Regierungen plus Rechtsnationalen zusammensetzt. Insofern war der Streit darüber, wem die Ukraine gehört, am Anfang Ausgangspunkt

für eine Bewegung, die vielleicht etwas ganz Neues hätte schaffen können. Gleichzeitig bedeutet er das traurige Ende dieser Bewegung, der Diskussion über diese Bewegung, und vor allem das Ende der Hoffnungen vieler Menschen in der ukrainischen Gesellschaft.

Dr. Sabine v. Löwis
Centre Marc Bloch
www.cmb.hu-berlin.de
www.cmb.hu-berlin.de/members/sabine-von-loewis
BMBF-Projekt „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“
www.phantomgrenzen.eu

Sabine v. Löwis ist Geographin und forscht seit Mai 2011 am Centre Marc Bloch (www.cmb.hu-berlin.de) im BMBF-Projekt "Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa" über die mögliche Persistenz und das Verschwinden historischer Räume und Grenzen im gesellschaftlichen Verhalten der Ukraine.

Die Mitglieder des BMBF-Projekts „Phantomgrenzen in Ostmitteleuropa“ gehen in verschiedenen Fallstudien der Frage nach, weshalb frühere, zumeist politische Grenzen wieder auftauchen und den heutigen Raum zu strukturieren scheinen (www.phantomgrenzen.eu).

Berlin, 25.3.2014